

Berliner Woche

Bernd Wähler aus Pankow

- 30. April 2019, 08:00 Uhr
- 390× gelesen

NACHVERDICHTUNG NICHT ERWÜNSCHT

Partizipationsveranstaltung der Gesobau läuft aus dem Ruder



- Mit diesem Plakat im Wohnquartier machen die Mieter deutlich, was sie von der geplanten Nachverdichtung halten.
- Foto: Bernd Wähler
- hochgeladen von Bernd Wähler
-

Das geplante Partizipationsverfahren der Gesobau für ihr Nachverdichtungsprojekt im Bereich Kavallerstraße/ Ossietzkystraße/ Am Schlosspark lief aus dem Ruder.

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft hat vom Senat den Auftrag, in Größenordnungen Wohnungen neu zu bauen. Vor allem bezahlbarer Wohnraum wird dringend gebraucht. Aber wo soll neuer Wohnraum entstehen?

Landeseigene Flächen sind rar. Und dort wo es sie gibt, dauert es noch Jahre, ehe mit dem Bauen begonnen werden kann.

Prominente Beispiele dafür gibt es im Bezirk Pankow zu genüge. Eines ist der Blankenburger Süden. Wegen fehlender Verkehrsinfrastruktur und massiver Anliegerproteste hinken die Planungen für die vorgesehenen 6000 Wohnungen zwei Jahre hinterher. Ein Termin für einen ersten Spatenstich wagt noch keiner zu nennen. Auch im innerstädtischen Bereich, an der Michelangelostraße, ist noch nicht abzusehen, wann es wirklich losgeht. Nach Bürgerprotesten und folgenden Runden Tischen ist dort die Anzahl von ursprünglich geplanten 1500 Wohnungen auf 1200 reduziert worden. Auch dort muss zunächst Infrastruktur geschaffen werden. Baubeginn könnte wohl in acht Jahren sein. Und die einstige Wohnungsbaupotentialfläche Elisabeth-Aue, auf der 5000 Wohnungen entstehen sollten, liegt nach Protesten von Anliegern und Naturschützern komplett auf Eis. Dabei hatten die städtischen Wohnungsunternehmen Howoge und Gesobau für dieses Gebiet bereits eine Entwicklungsgesellschaft gegründet.

Sorge um Spielplatz und Grünfläche

Wo sollen also die in Pankow dringend benötigten neuen Wohnungen gebaut werden? Die Gesobau verfolgt inzwischen die Strategie, sich alle Grundstücke, die ihr gehören, genau anzuschauen. Dort, wo Potential für eine sogenannte Nachverdichtung gesehen wird, knien sich die Planer rein. Dass das Thema alles andere als einfach und konfliktarm ist, merkt das Wohnungsunternehmen nun einmal mehr im Pankower Zentrum. Bereits vor zwei Jahren berichtete die Berliner Woche über beunruhigte Anwohner an der Kavaliertstraße. Sie bekamen per „stiller Post“ mit, dass bei ihnen nachverdichtet werden soll. Den neuen Wohnungen sollten ein viel frequentierter Spielplatz und eine Grünfläche zum Opfer fallen. Seinerzeit teilte die Gesobau auf Anfrage mit, dass man sich in einer sehr frühen Projektphase befinde. Die Anwohner würden aber rechtzeitig informiert.

155 bis 175 Wohnungen sind geplant

Seit dem erstellten die Gesobau-Planer etwa 50 Entwürfe zur Stellung von Baukörpern, ehe sie sich auf drei mögliche Varianten mit dem Pankower Stadtplanungsamt verständigen konnten. Diese Entwürfe sollten nun in einem so genannten Partizipationsverfahren ausschließlich den Mietern aus den unmittelbar angrenzenden Häusern vorgestellt werden. Und diese sollten sich dann für einen Variante entscheiden. 155 bis 175 Wohnungen sind im Gespräch. Die Hälfte soll im geförderten Wohnungsbau entstehen und würde für 6,50 Euro pro Quadratmeter nettokalt vermietet werden.

Für die Abstimmung mit den Mietern wurde ein Zelt in einem der Innenbereiche des Quartiers aufgebaut. Es wurden Abstimmungsgeräte verteilt. Aber die ganze Veranstaltung lief völlig anders als geplant. Man hörte Gebrüll. Kiezbewohner, die kamen, und nicht zu den eingeladenen Mietern gehörten, wurden nicht ins Zelt gelassen. Und von denen, die im Zelt waren, empfanden viele das Ganze als Farce. Sie wollen generell keine Nachverdichtung. Oder sie fühlten sich im Vorfeld nicht ausreichend informiert und mitgenommen. Und nun sollten sie

innerhalb kurzer Zeit nach dem Motto „Friss oder stirb“ eine Entscheidung fällen. So kam kein belastbares Anwohnervotum heraus.

Auf der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung berichtet Stadtentwicklungsstadtrat Vollrad Kuhn (Bündnis 90/ Die Grünen), dass sich inzwischen viele Bewohner aus diesem Wohngebiet an ihn wandten. Sie befürchten, dass es im Zuge der Verdichtung unter anderem zu Problemen bei der sozialen Infrastruktur und massiven Verkehrsproblemen kommt. Laut Kuhn will er sich nun mit Vertretern der Gesobau bei Bürgermeister Sören Benn (Die Linke) treffen. „Wir überlegen, gemeinsam mit der Gesobau eine Informationsveranstaltung zum Thema Nachverdichtung zu organisieren“, sagt er.